

**Niederschrift**  
**43. Sitzung des 6. Beirates für Seniorinnen und Senioren**  
**der Landeshauptstadt Kiel**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 10.01.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	10:01 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	12:48 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Magistratssaal im Rathaus, Fleethörn 9, 24103 Kiel

---

**Teilnehmende:**

**Vorsitz**

Herr Scholz

**Anwesende Beiratsmitglieder**

Herr Bröer  
Frau Brüggemann (bis 12:37 Uhr)  
Herr Fischer  
Herr Fricke  
Herr Glüsing  
Frau Hämäläinen (bis 12:37 Uhr)  
Herr Holtz-Edelhagen  
Herr Jungnickel  
Herr Klatte  
Herr Münzberg  
Frau Packbier  
Herr Petsch  
Herr Reyer  
Herr Schick  
Frau Scholz  
Frau Schunke  
Frau Segler  
Herr Stanjek M.A.

**Abwesend**

Frau Hartz  
Frau Pötter  
Frau Scheffer  
Frau Tiedemann

**Gäste**

Marion Janser  
Gesa Rogowski  
Jutta Horstmann  
Dieter Preiss  
Alexandra Hebestreit  
Jutta Helbig  
Dr. Jürgen Berndt  
Magda Franzke  
Margot Hein  
Helga Groth  
Gisela Bornhoeff  
Rita Stengel

Hans-Georg Stengel  
Oliver Voigt  
Kay Trost  
Michael Fröbisch  
Falk Stadelmann

### **Verwaltung**

Frau Jensen  
Frau Stadelmann  
Frau Zentner

### **Geschäftsführerin**

Frau Rudolph

### **Protokoll**

#### **zu TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende wünscht allen Anwesenden ein frohes und gesundes neues Jahr. Er begrüßt die anwesenden Beiratsmitglieder, Gäste und Referentinnen und Referenten. Der Vorsitzende begrüßt die neue Geschäftsführerin Frau Rudolph aus dem Amt für Soziale Dienste.  
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### **zu TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

#### **zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2018**

Es wird darauf hingewiesen, dass der Ortsteil Vieburg bei TOP 9 falsch geschrieben ist, weiterhin soll unter TOP 6 das Wort „Positionspapier“ durch „Sitzungsprotokoll“ ausgetauscht werden. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Geschäftliche Mitteilung des Dezernates IV zum Thema -Bestandsaufnahme zur Pflege im Städtischen Krankenhaus- der Niederschrift nicht beigefügt wurde. Die Geschäftliche Mitteilung wird der Niederschrift vom Januar beigefügt (siehe Anlage).  
Die überarbeitete Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

#### **zu TOP 4 Seniorinnen und Senioren regen an**

Frau Franzke erklärt, dass die Stadt Kiel Projekte für Seniorinnen und Senioren fördert. Sie fragt, ob dies in der heutigen Sitzung Thema sein wird oder wann dieses auf der Tagesordnung stehe. Frau Jensen von der Leitstelle „Älter werden“ berichtet, dass zum 3. Mal in Folge Mehrgenerationenprojekte und Projekte für und mit Menschen mit Demenz mit bis zu 2.500 € gefördert werden. Dieses Jahr gibt es einen neuen Antragszeitraum von Januar bis Ende März. Bei Fragen können sich Interessierte an die Leitstelle Älter werden wenden. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite der Landeshauptstadt Kiel: [www.kiel.de/de/gesundheitssoziales/aelterwerden/projekte.php](http://www.kiel.de/de/gesundheitssoziales/aelterwerden/projekte.php)

#### **zu TOP 5 Schwerpunktthema**

- 1. Vorstellung der Konzeption des Sozialberichtes 2019 „Älter werden in Kiel“**  
Frau Stadelmann begrüßt gemeinsam mit Frau Zentner alle Anwesenden. Sie informieren über den Sozialbericht im Allgemeinen, der am 30.06. veröffentlicht wird. Jedes Jahr wird ein Thema schwerpunktmäßig dargestellt, für den Bericht 2019 wurde das Thema „Älter werden in Kiel“ ausgewählt.

Frau Stadelmann beschreibt die Gliederung des Berichts und erklärt die einzelnen Punkte ausführlich. Abschließend bietet sie an, dass der Sozialbericht nach Fertigstellung im Beirat noch einmal vorgestellt werden kann.

In der anschließenden Diskussion werden Fragen zur Zielgruppe und zur Zielsetzung des Sozialberichtes gestellt. Frau Zentner und Frau Stadelmann verdeutlichen, dass der Bericht ein transparentes Werk für alle Interessierten, also Einwohnerinnen und Einwohner, Stadtverwaltung, Politik, Vereine, etc. ist. Bei dem Bericht handelt es sich um eine Bestandsaufnahme und nicht um einen Forderungskatalog. Es ist die Grundlage für politisches Handeln, eine Datenbasis oder auch eine Grundlage für neue Projektanträge.

Die Frage, ob dem Beirat der Bericht vor dem Druck zur Zustimmung vorgelegt wird, verneinen Frau Zentner und Frau Stadelmann.

## **2. Solitäre Kurzzeitpflege**

Herr Schmelter, AWO Pflegedienst GmbH, begrüßt alle Anwesenden und stellt sich und Herrn Trost, der ihn als „Betroffener“ zu dem Thema begleitet, vor. Herr Schmelter führt zu dem Thema solitäre Kurzzeitpflege aus, dass das Angebot der solitären Kurzzeitpflege angesichts der steigenden Anzahl von Menschen mit Pflegebedarf dringend notwendig sei. Hierzu müssten die entscheidenden Stellschrauben und gesetzlichen Rahmenbedingungen verändert werden. Nähere Informationen können dem Positionspapier zur Sicherstellung der solitäreren Kurzzeitpflege von Herrn Schmelter entnommen werden (siehe Anlage).

Herr Trost berichtet von seiner persönlichen Erfahrung, wie schwierig es war für seine Mutter eine Pflege- und/oder Kurzzeitpflegeeinrichtung zu finden.

Im anschließenden Austausch weist Herr Schmelter darauf hin, dass die von Herrn Stöcken empfohlenen „Pflegehotels“ keine langfristige Lösung seien. Frau Jensen erklärt, dass sich die Stadt Kiel seit 2009 mit dem Thema solitäre Kurzzeitpflege beschäftigt und die Vorhaben in der Vergangenheit an den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Finanzierung gescheitert seien. Auf die Frage, ob es Vergleiche aus dem europäischen Ausland gibt, verweist Herr Schmelter darauf, dass es wichtig sei, wie wir sind, wie wir unser Leben hier gestalten und wie wir sozialisiert sind. Eine eins zu eins Übertragung aus dem Ausland sei nicht sinnvoll.

Die entsprechende Fachgruppe wird sich weiter mit dem Thema beschäftigen und ggf. einen Antrag für die Verwaltung vorbereiten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass am heutigen Tag die Mitarbeiter des städtischen Krankenhauses für bessere Arbeitsbedingungen demonstrieren.

**- Pause -**

11:22 - 11:39 Uhr

## **zu TOP 6      Mitteilungen des Vorstandes**

Herr Scholz erklärt, dass Frau Koch, die sich 8 Jahre im Seniorenbeirat eingesetzt hat, im Dezember verstorben ist. Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an Frau Koch.

### Geschäftsführung

Frau Rudolph ist die neue Geschäftsführerin des Beirates für Seniorinnen und Senioren. Sie ist erreichbar unter der Telefonnummer 0431/901-3678 und E-Mail Adresse [maria.rudolph@kiel.de](mailto:maria.rudolph@kiel.de)

Die Sprechzeiten ändern sich vorerst nicht: dienstags und donnerstags 10:00-12:00 Uhr

### Gemeinsame Sitzung der Vorstände

Am 07.01.2019 haben die Vorstände der Beiräte gemeinsam getagt. Der Junge Rat und das Forum für Migrantinnen und Migranten waren anwesend. Der Beirat für Menschen

mit Behinderung war nicht dabei. Es gab einen regen Austausch. Gemeinsam sind der Wunsch aller Beiräte nach mehr „Wahrnehmung“ sowie die Ziele der Agenda 2030.

#### Sitzung der Steuergruppe

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die kommenden Termine mit den Themenschwerpunkten geändert haben (TOP 4 im Protokoll v. 12.12.2018):

- Am 07.02.2019 findet ein Vortrag von Herrn Reiner Heyse zum Thema „Die Rente soll den Lebensstandard im Alter sichern“ statt.  
Herr Scholz merkt an, dass er an der nächsten Sitzung am 07.02.2019 nicht teilnehmen wird.
- Am 07.03.2019 findet ein Vortrag zum Thema „Seniorenplan Hannover“ von Frau Vogt-Janssen (Leiterin Fachbereich Senioren Hannover) statt.
- Am 04.04.2019 hält Herr Prof. Dr. Kai Marquardsen (Fachhochschule Kiel) einen Vortrag zum Thema „Altersarmut“.

Herr Scholz berichtet, dass sich Herr Stöcken und Herr Kämpfer zu einem gemeinsamen Gespräch in einer Beiratssitzung angeboten haben. Dieses sollte 2019 noch stattfinden.

Vom Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Arbeitsplanung und der Festlegung der Themenschwerpunkte um Vorschläge handelt. Der Beirat entscheidet gemeinsam über die Themen.

Der Vorstand trifft sich am 21.01.2019 um 16:00 Uhr mit Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen. Angemeldet haben sich Frau Waltczak und Frau Langfeldt von der SPD, Herr Wohlfarth von der CDU, Frau Musculus-Stahnke von der FDP und Frau Hein von DIE LINKE sowie ein Vertreter/ eine Vertreterin der FRAKTION.

#### Termine

Am 20.03.2019 findet in Plön die Mitgliederversammlung des Landesseniorenrates statt. Herr Schick, Herr Scholz, Frau Brüggemann und Herr Jungnickel nehmen teil.

Am 23.01.2019 um 10:00 Uhr trifft sich der Vorstand in seiner Sitzung mit der Fachgruppe Kultur für ältere Menschen.

Am 30.01.2019 um 15:00 Uhr findet im Amt für Soziale Dienste in Raum 208 eine Veranstaltung zu „anna“ Anlaufstelle Nachbarschaft statt: „Die kleine anna setzt Segel“. Frau Packbier, Herr Stanjek M.A., Frau Schunke, Herr Fischer, Herr Petsch und Herr Bröer melden sich an.

#### Homepage

Der Vorstand hat sich einen Entwurf der neuen Internetseite angeschaut. Es gibt noch Änderungswünsche. Mitte Januar soll die Internetseite für die Beiratsmitglieder freigeschaltet werden. Für Mitte Februar ist die endgültige Freischaltung geplant. Es muss noch die Betreuung und das Hosting der Internetseite geklärt werden. Weitere Details ergeben sich aus dem Protokoll der Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit.

#### Stralsund

Herr Scholz berichtet, dass er sich mit dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates Stralsund, Herrn Dr. Weckbach, treffen wird, um ein Konzept für das gemeinsame Treffen am Tag der deutschen Einheit zu planen.

Bezugnehmend auf den Tag der Deutschen Einheit wird darauf hingewiesen, dass das Forum für Migrantinnen und Migranten an dem Tag eine Veranstaltung unter dem Motto „Tag der deutschen Vielfalt“ plant.

## zu TOP 7 **Berichte aus den Fachgruppen**

### a) **FG Ältere Menschen im öffentlichen Verkehrsraum**

Die Fachgruppe berichtet, dass das Senienticket für weitere 2 Jahre auf Probe verlängert wird. Eine Haltestelle wurde in den Geltungsbereich hinzugezogen. Es gibt Uneinigkeiten über den Begriff Senienticket, unter anderem fallen die Vorschläge Sozialticket und 1-Euro-Ticket.

Der Abteilungsleiter Verkehr wird in der nächsten Sitzung der Fachgruppe am 15.01.2019 anwesend sein. Es wird über die Holstentörn Überführung gesprochen. Die Sitzung am 19.02.2019 findet im 4. Polizeirevier statt.

Ein Besuch der neuen Rettungsleitstelle am Westring ist für Mai mit ca. 10-12 Personen geplant.

### b) **FG Schutz und Sicherheit für ältere Menschen**

Das Protokoll wurde verschickt. Es besteht Klärungsbedarf bei der Aufgabenteilung mit der Fachgruppe Ältere Menschen im öffentlichen Verkehrsraum.

### c) **FG Wohnen und Pflege im Alter**

Die Fachgruppe hat Wohneinrichtungen, Wohnheime und Pflegeeinrichtungen besucht und den Eindruck gewonnen, dass die „Heimaufsicht“ ihren Aufgaben anscheinend nicht gerecht werde.

In diesem Zusammenhang wird geklärt, welche Aufgaben die Fachgruppen wahrnehmen und welche der Vorsitzende. Der Vorsitzende vertritt den Beirat nach außen und gegenüber der Öffentlichkeit oder überträgt nach Bedarf Vorstandsmitgliedern des Beirates für Seniorinnen und Senioren diese Aufgabe (§ 3 Abs. 3 Geschäftsordnung). Die Fachgruppen dürfen im diesem Rahmen eigenständig Besuche machen. Es wird das Papier „Eigenanteil der Heimkosten in ausgewählten Pflegeheimen – Kiel und Umgebung“ herumgegeben (siehe Anlage).

### d) **FG Kultur für ältere Menschen**

Es gibt keine Mitteilungen der Fachgruppe.

### e) **FG Öffentlichkeitsarbeit**

Es gibt keine Ergänzungen zu dem Protokoll der letzten Sitzung der Fachgruppe.

## zu TOP 8 **Mitteilungen der Verwaltung/ Berichte aus Ämtern und Betrieben**

Es gibt keine Mitteilungen aus der Verwaltung.

## zu TOP 9 **Berichte aus den Ausschüssen und anderen Beiräten**

### Ortsbeirat Wik

Es wird darauf hingewiesen, dass der Seniorenstadtplan aktualisiert werden muss. Die Beiratsmitglieder sollen ihren Stadtteil eigenständig prüfen und über Änderungen berichten.

### Ortsbeirat Schilksee

Es wird berichtet, dass eine Linie der KVG die Haltestellen in Schilksee nur eingeschränkt anfährt. Dies wird in der zuständigen Fachgruppe näher besprochen.

### Ortsbeirat Hasse/Vieburg

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass es die Anlaufstelle Nachbarschaft „anna“ in Meimersdorf nicht gibt und diese vorerst auch nicht geplant ist.

Es wird auf einen Bericht in Kiel Lokal „Treffpunkte für aktive Senioren“ hingewiesen (siehe Anlage).

**zu TOP 10      Andere Gremien und sonstige Veranstaltungen**

Es gibt keine Berichte aus anderen Gremien.

**zu TOP 11      Anträge/ Beschlussvorlagen: Kommunale Politik für ältere Menschen in Kiel**

Das erarbeitete Positionspapier des Beirates wird vorgestellt. Dieses soll die Grundlage für die Gespräche mit den Ratsfraktionen sein. Das Positionspapier wurde gemeinsam von Frau Schunke, Herrn Glüsing, Herrn Stanjek M.A., Frau Pötter und Herrn Scholz erarbeitet. Das Positionspapier soll einen Zusammenhang zu der Agenda 2030 herstellen und das Thema Seniorinnen und Senioren als Querschnittsthema in einem Seniorenplan 2030 aufgreifen.

Dem Positionspapier wird mit einer Enthaltung zugestimmt.

**zu TOP 12      Verschiedenes, Termine und Einladungen**

Der Beirat hat das Recht einmal im Jahr vor der Ratsversammlung über seine Tätigkeiten und Vorhaben einen Bericht abzugeben (§ 2 Abs. 4 Satzung). Es wird vorgeschlagen die Gespräche mit den Ratsfraktionen abzuwarten.

Der Vorsitzende, Herr Scholz schließt die Sitzung des Beirates um 12:48 Uhr.

Michael Scholz  
*-Vorsitzender-*

Maria Rudolph  
*-Geschäftsführerin-*

Anlagen:

- Geschäftliche Mitteilung des Dezernates IV für den Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit zum Thema „Pflege im Krankenhaus“ (Drucksache 0957/2018)
- Positionspapier von Herrn Schmelter zur solitären Kurzzeitpflege
- Eigenanteil der Heimkosten in ausgewählten Pflegeheimen – Kiel und Umgebung
- Bericht in Kiel Lokal „Treffpunkte für aktive Senioren“

## Zu Punkt der Tagesordnung

<b>Geschäftliche Mitteilung</b>			Drucksache <b>0957/2018</b>
			Einbringung 07.11.2018
Datum	Gremium	Federführung	
Ö 22.11.2018	Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit	Dezernat IV, D IV R II	
<b>Betreff:</b> Pflege im Krankenhaus			

### Zusammenfassung:

In der Sitzung des Beirats für Seniorinnen und Senioren vom 01.02.2018 und im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit vom 22.03.2018 wurde die Drucksache 0241/2018 mit der Beantwortung folgender Frage beschlossen:

*„Welche Möglichkeiten werden gesehen, die Situation der Pflege in den Krankenhäusern der Landeshauptstadt, insbesondere im städtischen Krankenhaus, nachhaltig zu verbessern?“*

Die Fragestellung bezieht sich zwar vor allem auf die Situation im Städtischen Krankenhaus, aber auch auf die der anderen Krankenhäuser in Kiel. Das Städtische Krankenhaus Kiel ist jedoch das einzige in vollständig kommunaler Hand. Die Verwaltung geht davon aus, dass Problemlagen bei den ansonsten gleichen Rahmenbedingungen (s. u.) überwiegend gleichgelagert sind und hat daher auch aus arbeitsökonomischen Gründen davon abgesehen, bei den anderen Krankenhäusern zu recherchieren.

### Sachverhalt:

#### A. Abhängigkeit der Pflegesituation in Krankenhäusern von äußeren Faktoren

Pflege ist in erster Linie personalabhängig. Die Personalsituation in deutschen Krankenhäusern wird von vielen Faktoren beeinflusst, auf die eine Kommune als Betreiberin von kommunalen Krankenhäusern kaum bis gar keinen Einfluss hat. Beispiele hierfür sind die Rahmenbedingungen durch gesetzliche Vorgaben des Bundes, die finanzielle Ausstattung der Kliniken durch das Abrechnungssystem der Krankenkassen (die sogenannten DRG's =Diagnosis Related Groups oder auch Fallpauschalen), aber auch die Herausforderung durch den Demographischen Wandel innerhalb bestehender Krankenhausbelegschaften und nicht zuletzt die mehr als angespannte Bewerberlage auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Bereich der Krankenpflege.

##### a. Gesetzgebung auf Seiten des Bundes

Die aktuellen Pläne des Bundesministeriums für Gesundheit zum Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, das die Zahl der Pflegekräfte in deutschen Krankenhäusern erhöhen und damit die Pflege verbessern soll, sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Frage, woher das zusätzliche Personal kommen soll, ist jedoch offen. Des Weiteren bedarf es einer Neuberechnung des notwendigen Pflegeaufwandes. Bislang wurde ein Anteil der Pflege als Teil der Fallpauschale berechnet und entsprechend vergütet.

Diese Finanzierung soll bis 2020 neu aufgestellt werden und somit die Pflegekosten unabhängig von den Fallpauschalen machen. Die Kliniken bekämen dadurch ein eigenes Budget für Pflege.

Der mediale und politische Fokus, der derzeit auf dem Thema Pflege liegt, kann hilfreich für eine verstärkte Wahrnehmung dieser Thematik in der Gesellschaft sein und somit das Interesse an den hier tätigen Berufsgruppen befördern.

**b. Zeitintensive Dokumentationsvorgaben und Preisentwicklung der Fallpauschalen**

Das Bundesministerium für Gesundheit sieht künftig die Digitalisierung in der Pflege vor und damit womöglich auch die Vereinfachung bestimmter Abläufe im Pflegealltag. Das dürfte auch die Digitalisierung der Dokumentation einschließen. Aus Sicht des Städtischen Krankenhauses Kiel wäre hier vor allem die Vereinfachung der zeitaufwendigen Dokumentation ein Faktor zur Verbesserung des Zeitbudgets zwischen Patient und Pflegekraft. Es wird bis 30 % der Arbeitszeit für Dokumentation aufgebracht. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Beruf wegen ihres Interesses an der Pflege von Menschen ergriffen haben, wirkt der hohe Anteil an bürokratischen Tätigkeiten negativ und fördert das Desinteresse.

Die Pauschalen, die für die Behandlung eines Patienten seitens der Kassen bezahlt werden, halten oft nicht mit der tatsächlichen Preisentwicklung Schritt. Die Krankenhäuser stehen unter einem enormen wirtschaftlichen Druck. Die exakte Dokumentation jedes einzelnen Behandlungsschritts ist daher die wirtschaftliche Basis jeder Klinik, da ansonsten die Kosten unter anderem für ausreichendes Personal nicht gedeckt werden können. Die Krankenkassen prüfen sehr genau und monieren kleinste Unstimmigkeiten, was für Nacharbeitungsaufwand sorgt (siehe auch c.).

**c. Personalmangel durch Demographischen Wandel und Attraktivität des Berufsbildes**

Hier zeigt sich für alle Kliniken die größte Hürde auf dem Weg zu einer besseren Pflegesituation sowohl für Patientinnen und Patienten als auch für die Pflegekräfte selbst. Derzeit arbeiten ca. 800 Menschen in der Pflege im Städtischen Krankenhaus Kiel. Dazu kommen 100 Auszubildende. In absehbarer Zeit werden innerhalb kurzer Zeit viele Pflegekräfte in Rente gehen, da ein hoher nahezu gleichaltriger Anteil von Mitarbeiter/innen beschäftigt ist.

**Übersicht über den voraussichtlichen Renteneintritt von Pflegekräften pro Jahr im Städtischen Krankenhaus Kiel**

Zeitraum	2020 - 2025	2026 – 2030	2031 – 2034	2026 – 2034
Anzahl der Mitarbeiter/innen, die jährlich in diesem Zeitraum in Rente gehen werden <sup>1</sup>	10 – 17	23 – 28	18 – 28	In diesem Zeitraum wird ca. ¼ der Mitarbeiter-schaft des Städt. Krankenhauses Kiel in Rente gehen

Quelle: Städtisches Krankenhaus Kiel  
Stand: Oktober 2018

Die vorhandene Personaldecke in den Krankenhäusern dünnt immer weiter aus und kann nicht ausreichend und vor allem nicht zeitnah nachbesetzt werden. Schon jetzt dauert die Wiederbesetzung einer freien Stelle im Bereich der Krankenpflege teilweise mehrere Monate. Im Städtischen Krankenhaus Kiel müssen jährlich um die 60 Stellen neu besetzt werden. Außerdem ist die Zahl der Ausbildungsplätze nicht ausreichend, um den Bedarf zu decken. Die Finanzierung dieser ohnehin zu wenigen

<sup>1</sup> Unter der Prämisse, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum regulär vorgesehenen Zeitpunkt in Rente gehen. Vorzeitige Renteneintritte wegen Arbeitsunfähigkeit o.ä. sind hier nicht berücksichtigt.



Plätze sei außerdem nicht auskömmlich und müsse intern gegenfinanziert werden. Es sei weniger eine Frage des Entgelts als vielmehr eine Frage der Arbeitsbedingungen des Berufs, so die Leitung des Städtischen Krankenhauses, dass sich zu wenige in diesem Bereich ausbilden lassen.

Eine Entlastung durch Vereinfachung der Dokumentationspflichten und mehr Personal könne den Beruf für viele Menschen attraktiver machen.

Erfreulich ist die unterdurchschnittliche Fluktuation der Belegschaft im Städtischen Krankenhaus Kiel von < 10 %, was einen vergleichsweise niedrigen Wert darstellt.

**d. Auswirkungen auf die Pflegesituation zum Beispiel aufgrund Rechtsprechung: Ein Beispiel vom Europäische Gerichtshofs (EuGH) zum Thema Bereitschaftsdienst**

Im Jahr 2003 entschied der EuGH, dass der Bereitschaftsdienst von Ärztinnen und Ärzten Arbeitszeit ist, was einen erheblichen Anwuchs der Stellen für Ärztinnen und Ärzte und im Bereich der Teilzeitbeschäftigungen nach sich zog. Problematisch ist dabei, dass das Budget für Pflegepersonal im Gegenzug nicht im selben Maße erhöht wurde.

**B. Möglichkeiten zur Verbesserung der Pflegesituation seitens der Landeshauptstadt Kiel**

**a. Ausbildung**

➤ Ausbildung in Teilzeit

Die Möglichkeit, eine Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung nicht nur in der Praxis sondern auch im theoretischen, also schulischen Teil in Teilzeit absolvieren zu können, kann den Beruf für neue Personengruppen öffnen. Am Städtischen Krankenhaus Kiel wird in diesem Jahr erstmalig eine komplett teilzeitorganisierte Ausbildung durchgeführt, die sehr erfolgreich mit 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestartet ist. Der Kurs besteht ausschließlich aus Eltern (zum Teil auch aus Alleinerziehenden), die aufgrund ihrer Kindererziehung keine Vollzeitausbildung absolvieren können. Das Städtische Krankenhaus Kiel ist damit im weiten Umkreis der einzige Arbeitgeber, der eine solche Ausbildung in Teilzeit anbietet. Die Nachfrage nach diesem Ausbildungsformat ist so hoch, dass bei vorhandenen personellen und räumlichen Ressourcen ein weiterer Kurs angeboten werden könnte.

➤ Kooperation mit dem Jobcenter Kiel

Sehr positiv verläuft ein mit dem Jobcenter Kiel durchgeführtes Pflegeassistentenprogramm (6 - monatige Ausbildung). Die Maßnahme wurde im Jahr 2011 erstmalig in Vollzeit angeboten. Bisher konnten 171 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Maßnahme erfolgreich beenden. Die Abbruchquote liegt bei 11,7% und ist damit weit unter dem Durchschnitt anderer Maßnahmen des Jobcenters. Von den 171 Absolventinnen und Absolventen konnten 141 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, dies entspricht einer Vermittlungsquote von 82%. Etwa die Hälfte verblieb im Städtischen Krankenhaus und qualifizierte sich weiter. Seit 2016 wird die Maßnahme auch in Teilzeit angeboten und wurde bislang von 27 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfolgreich innerhalb eines Jahres abgeschlossen (Abbruchquote 8,1% und Vermittlungsquote 88,9%).

➤ Bundesweite Vereinheitlichung der Ausbildung zum Pflegehelfer/zur Pflegehelferin

Bei der Qualifizierung zur Pflegehelferin oder zum Pflegehelfer fehlt es in ganz Deutschland derzeit an einer einheitlichen Regelung. Es handelt sich hierbei um eine Weiterbildung meist innerhalb weniger Wochen oder Monate. Die Lerninhalte sind überall unterschiedlich, sodass Arbeitgeberinnen und Arbeit-

geber bei allen Bewerbungen aus diesem Bereich von unterschiedlichen Kenntnisständen und ungleichem Fachwissen ausgehen müssen. Hier würde eine bundesweit einheitliche Regelung Erleichterung verschaffen, da neues Personal schneller und effizienter eingesetzt werden könnte.

#### **b. Unterstützung bei der Integration und Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften**

Bei den unter A. aufgeführten Rahmenbedingungen und Problemstellungen besteht für die Landeshauptstadt Kiel wenig Raum für Intervention. Vor allem der Demographische Wandel stellt alle – nicht nur die Pflegebranche – vor enorme Herausforderungen. Eine gezielte Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland könnte da eine erfolgversprechende Option sein. Sechs kommunale Krankenhäuser in Schleswig-Holstein (6K-Verbund) wollen gemeinsam daran arbeiten. Außerdem existieren momentan mehrere Projekte der Bundesagentur für Arbeit und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die eine Immigration von Pflegefachkräften aus Vietnam, Tunesien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und den Philippinen zum Ziel haben. Insbesondere für Kiel würde sich auch anbieten, Fachkräfte über die bereits zahlreich existierenden Brücken der Städtepartnerschaften zu gewinnen. So könnten beispielsweise über die städtische Verwaltung und das Jobcenter beziehungsweise die Bundesagentur für Arbeit speziell für Kieler Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gestaltete Programme entworfen werden.

Nicht erfolgreich verlief der Versuch, Flüchtlinge für die Pflēgetätigkeiten im Krankenhaus zu qualifizieren. Neben den sprachlichen Hürden scheiterte das Vorhaben auch aufgrund anderer kultureller Einstellungen (zum Beispiel Voll-, Teilverschleierung, Patienten waschen).

Eine Zuwanderung von Fachkräften benötigt einen umfangreichen Integrationsplan, der die Menschen von Beginn an nicht nur an ihrer Arbeitsstelle, sondern auch im privaten Umfeld begleitet und unterstützt. Sprachkurse, Hilfe bei der Wohnungssuche und bei Behördengängen sowie Angebote für sozialen Anschluss sind bei einer erfolgreichen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von entscheidender Bedeutung. Die bereits heute vorhandene Infrastruktur der Landeshauptstadt Kiel in Bezug auf Unterstützung von Migrantinnen und Migranten könnte hierfür gut genutzt werden. Ein Ansatz, den die Verwaltung initiieren will, wäre eine Akquise in den Partnerstädten der Landeshauptstadt Kiel.

#### **c. Vermittlung von Wohnraum**

Eine besondere Herausforderung stellt die Wohnraumversorgung von Menschen dar, die im In- und Ausland angeworben werden. Der angespannte Wohnungsmarkt in Kiel sorgt für einen holprigen oder nahezu unmöglichen Start am neuen Arbeitsplatz. Hilfreich wäre eine Art „Wohnheim“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kieler Kliniken, in welchem sie für die Dauer ihrer Ausbildung oder übergangsweise bis sie eine eigene Wohnung gefunden haben, leben können. Das Angebot eines Wohnheimzimmers (ähnlich wie im Studentenwohnheim) könnte ein weiterer Pluspunkt bei der Anwerbung von Pflegefachkräften im In- und Ausland sein.

#### **Fazit:**

Die aktuelle und mittelfristige Situation der Pflege stellt alle Beteiligten vor erhebliche Herausforderungen. Die Landeshauptstadt Kiel und das kommunale Städtische Krankenhaus stellen sich wie bisher auch zukünftig diesen Herausforderungen. Wie dargestellt, hat das Städtische Krankenhaus viele Anstrengungen unternommen, der schwierigen Situation erfolgreich zu begegnen. Dazu gehört auch die laufende Prüfung, inwieweit die Zusammenarbeit von kommunalen Krankenhäusern intensiviert werden kann. Hervorzuheben ist, dass es bisher gelungen ist, den Pflegebetrieb aufrechtzuerhalten. Die aus dieser Geschäftlichen Mitteilung ersichtlichen Verbesserungsoptionen sollen beschritten werden.

**Positionspapier**  
**zur Sicherstellung solitärer Kurzzeitpflege**  
**für Sitzung des Seniorenbeirates Kiel**  
**am 10.01.2019**  
**Magistratsaal Rathaus Kiel**

**Norbert Schmelter:** Projektentwicklung/ -beratung  
**AWO Pflegedienste gGmbH**

## Inhaltsübersicht:

1. Situation
2. Probleme für den Betroffenen  
für den Träger  
für die Kommune
3. Lösungsansatz = solitäre Kurzzeitpflege
4. Kontaktdaten
5. weitere Literatur

## 1. Situation

- Die steigende Anzahl von Pflegebedürftigen und die strukturelle Unterversorgung im ambulanten Pflegebereich haben in den letzten Jahren zu einer hohen Auslastung vollstationärer Pflegeeinrichtungen geführt.
- „Eingestrente“ Kurzzeitpflege wird von Einrichtungen nicht mehr erbracht, bzw. angeboten, weil die zu erbringenden Leistungen aufgrund der hohen Versorgungsbedarfe und der niedrigen Leistungsentgelte nicht annähernd refinanziert sind.
- Die betrifft insbesondere kurzfristige Aufnahmen aus dem Krankenhaus oder bei Verschlechterung des Gesundheitszustandes.
- Geplante Kurzzeitpflege (=Angehörigenentlastung) konkurriert mit DRG - verursachten Krankenhausinteressen.
- Solitäre Kurzzeitpflegen, dieses Angebot gibt es so gut wie nicht mehr  
(aktuell: Schließung der Kurzzeitpflege in RD mit 22 Betten zum 31.10.18, Gründung 1993 vor der PV, über damalige Modellförderung zur Vermeidung, Verkürzung von Krankenhausaufenthalten und zur Entlastung der Angehörigen, RVO §185)

## 2. Probleme für den betroffenen Pflegebedürftigen

- Überversorgung im Krankenhaus nicht immer von Vorteil, insbesondere nicht für Menschen mit Demenz.
- nicht selten, Hausarzt/ Facharzt legt vorsorglich eine Überweisung in dem Haushalt der Familie des Betroffenen ab  
bei Zunahme der Probleme (psycho-soziale, bei Gebrechlichkeit Präsenz von Angehörigen, Dekompensation vom Hilfe Netz).
- sog. „blutige Entlassungen“ (Krankenhausfinanzierung).
- Überleitungssysteme aus dem Krankenhaus funktionieren nicht so, wie sie seit dem 01.10.2017 (GKV-Versorgungsstärkung) in Kraft getreten sind.  
(Arzneimittel können im Krankenhaus verordnet werden – also Verpackungsgröße N1, Mitgabe von Arzneimitteln bei Feiertag/ Wochenende).
- Ambulante Pflege häufige Antwort bei Anfrage: keine Kapazitäten.
- geringe bis keine Vorlaufzeit um „Pflegenetz“ zu knüpfen.
- keine Wahlmöglichkeit bei vollstationärer Unterbringung bei eingestauten Betten.
- keine Wohnortnähe.

- fehlende Sozialarbeit bei Entlassung aus Kurzzeitpflege.
- mangelhafte Mobilisierung, da in der Regel keine KG, Logo, Ergoth. angestellt wird.
- mangelhafte Hausarztbetreuung.
- es fehlt an aufsuchenden Diensten im Krankenhaus, um eine Überleitung, heraus, mit dem dortigen Management zu vereinbaren.
- Angehörige/ Betreuer werden häufig überraschend mit der Entlassungsabsicht konfrontiert.
- Drehtüreffekte entstehen häufig zu Lasten der Betroffenen.
- Urlaubsplanung/ Verhinderung bei plötzlichen Anlässen werden immer schwieriger
- Ca. 60-70% verbleiben nach Krankenhausentlassung → Kurzzeitpflege → vollstationärer Pflege  
= Selbstbestimmungsrecht  
Gewöhnungseffekt  
Notgedrungen

## Probleme für den Träger

- Hohe Personalvorhaltekosten versus Belegungsschwankungen
- höherer Verwaltungsaufwand  
} bei Aufnahme wie Entlassung!
- höherer Beratungsaufwand
- Fortbildungen für Mitarbeiter sind besonders wichtig in den Bereichen  
Demenz  
Palliation  
Wundmanagement  
Angehörigenarbeit  
Mobilisation/ Reha etc.  
Kupf=komplexer Pflegebereich durch Vielfalt
- Raumkonzeption – Anlehnung an geriatrische Abteilungen
- Finanzierung häufig an einem niedrigen Pflegegrad fixiert (PG2)
- Ablehnung einer kostendeckenden Finanzierung nach § 39c SGB V



## Probleme für die Kommunen

- Abhandenkommen von Sorgeskultur
- Ausbau der vollstationären Pflegeeinrichtungen
- Die Not der Bürger wird nicht adäquat reflektiert
- Pflegestützpunkte/ Beratungsstellen sind allzu oft hilflos, da das Angebot fehlt
- Bürger „wandern“ ab

### 3. Lösungsansatz = Vorhaltung einer solitären Kurzzeitpflege

- Klärung der Notwendigkeit
- Diskussion/ Runder Tisch  
Anzahl der Betten  
Verortung  
Raumgestaltung  
Trägerschaft  
Finanzierung
- Themen: pflegegradübergreifender Personalschlüssel  
Fachkraftquote Pflege  
Fachkraftquote KG, Logo, Ergoth., Sozialarbeit  
zusätzliche Stellenanteile Überleitung, Beratung, Koordination, Hilfsmittelversorgung,  
Case- u. Care Management  
Auslastungsgrad  
Abwesenheits- u. Freihaltekostenregelung  
Pauschale für höhere Verwaltungs- u. Organisationsaufwand  
Sachkosten wegen Therapien  
Landesrahmenvertrag

#### **4. Kontaktdaten:** Norbert Schmelter

Arbeitsgruppensprecher solitäre Kurzzeitpflege seit 2015

E-Mail: [n.schmelter@awo-kiel.de](mailto:n.schmelter@awo-kiel.de)

Tel.: 0171/ 614 25 90

#### **5. weitere Literatur:**

- IGES Institut GmbH Berlin  
Qualitätsperspektiven für die Kurzzeitpflege
- Konzeptpapier zur Stärkung der solitären Kurzzeitpflege 26.07.2016
- in Kürze: Weiterentwicklung Kurzzeitpflege BAGFW  
Thesen zur Weiterentwicklung BAGFW

## Eigenanteil der Heimkosten in ausgewählten Pflegeheimen - Kiel und Umgebung

Quelle: [www.pflegelotse.de](http://www.pflegelotse.de)



Einrichtung	Träger	Pflegegrad 2-5
Dorea Seniorenzentrum Altenholz	Dorea Privat	1.345,06 €
CURA Seniorenzentrum Ottendorf	CURA Privat	1.376,25 €
Kaiser Wilhelm I. Stift	Stiftung freiw. Armenfreunde	1.400,71 €
Altenzentrum Freiligrathstr.	Alloheim Privat	1.604,28 €
DRK-Anschar-Schwesternschaft	DRK Freie Wohlfahrtspflege	1.639,15 €
<b>Günter-Lütgens-Haus</b>	<b>Alloheim Privat</b>	<b>1.661,36 €</b>
Seniorenzentrum Pries	Alloheim Privat	1.674,25 €
Pflegeheim Haus Blocksberg	Alloheim Privat	1.687,38 €
Haus Mönkeberg	Johanniter evang. Johanniterorden	1.722,73 €
Domicil-Kirchhofallee	Domicil Privat	1.739,73 €
Lisa-Hansen-Haus	Stadtkloster Stiftung	1.770,81 €
Altstadtresidenz	ProSenis Privat	1.956,67 €
ASB-SWZ Schönberg	ASB Deutschland	1.982,31 €
Deutsch-Ordens-Altenhilfe Haus St. Anna	Dt. Orden	2.021,24 €
Andreas-Gayk-Haus	Stadtkloster Stiftung	2.055,78 €
AWO WOHNpflege Mettenhof	AWO Freie Wohlfahrtspflege	2.209,44 €
AWO-Servicehaus Am Wohld	AWO Freie Wohlfahrtspflege	2.230,00 €
Paul-Flemming-Haus	HVVG Privat	2.823,44 €

Σ

# Treffpunkte für aktive Senioren

## Ortsbeiratssitzung diskutiert Begegnungsangebote und deren Weiterentwicklung

Die 313. Sitzung des Ortsbeirats (OBR) Hassee/ Vieburg fand erstmals im „Café unterm Kirchturm“ bei der Liebfrauenkirche am Krusenrotter Weg 35 statt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich die städtischen Anlaufstellen Nachbarschaft mit den vorhandenen kirchlichen Angeboten vereinbaren lassen.

Schwester Maria-Magdalena stellte als Gastgeberin zunächst die kleine katholische Gemeinde, das Gästekloster und deren Angebote vor.

### Café unterm Kirchturm

Die Kirchengemeinde betreibt seit März 2017 einen DHL-Paketshop und eben das Café. „Es ist ein Anlaufpunkt für Menschen aus dem Stadtteil, die sich treffen wollen. Wir bieten Möglichkeiten zur Kommunikation und zum Austausch“, so die Franziskanerin, die sich darüber freut, dass sie und ihre Mitschwester durch ehrenamtliche Helfer tatkräftig unterstützt werden. „Eine Gruppe backt Kuchen, die zweite gibt die Kuchen aus und die dritte Gruppe macht die Poststelle.“ Das Café öffnet dienstags, donnerstags und freitags von 15–17 Uhr. Der Paketshop hat an denselben Tagen von 15–18 Uhr offen. Ergänzt wird das Programm durch Handysprechstunden und etwas Kultur.

Anlaufstelle Nachbarschaft  
„Ich bin freudig überrascht, was Schwester Maria-Magdalena hier

entwickelt hat. Da bahnt sich eine „Anna“ an“, verkündete anschließend Arne Leisner. „Sie könnten



Das Café unterm Kirchturm im Krusenrotter Weg ist nicht nur zu Weihnachten und Ostern beliebter Treffpunkt

Foto: Sellhoff

in Zusammenarbeit mit uns Vorträge anbieten.“

„Anna“ steht für „Anlaufstelle Nachbarschaft“. Solche Treffpunkte für Senioren sollen 2019 in allen Kieler Ortsteilen geschaffen werden. In allen – außer in Hassee und Meimersdorf.

Das kann der Seniorenbeauftragte Karl Stanjek nicht nachvollziehen: „Wir haben einen hohen Bedarf. 30 Prozent der Einwohner in Hassee/ Vieburg sind über 60 Jahre alt.“ Warum also keine Anna in Hassee? „Wir wurden noch nicht angefragt“, entgegnete Leisner und merkte an, dass das Amt für Soziale Dienste seit zehn Jahren nur mit drei großen Trä-

Wort. „Wir machen das ab dem 1. Januar ohne städtische Zuschüsse. Vielleicht können sie zumindest einzelne Module fördern. Wir laden sie herzlich ein, in unsere Begegnungsstätte zu kommen.“

Begegnung von Jung und Alt  
Der OBR-Vorsitzende Christian Jopen möchte Begegnungen von Jung und Alt fördern. Könnte das unter Anna stattfinden? „Grundsätzlich schon“, so die Einschätzung von Frau Schnücker-Schulz von der Leitstelle Älter werden: „Früher hat man bei der Seniorenarbeit von Versorgung oder Betreuung gesprochen. Heute treffen sich nicht nur Ältere, sondern generationsübergreifend.“

Die nächste OBR-Sitzung findet am 15. Januar um 19.30 Uhr bei der JUF statt, der Jugend- und Familienhilfe, Hamburger Chaussee 137.

### Geselliges Punschtrinken

In Anschluss an die Sitzung lud der Ortsbeirat die Einwohner zum geselligen Austausch bei Gebäck ein. Dazu gaben zwei scheidende OBR-Mitglieder heißen Punsch aus. Kaarina Williams nimmt eine befristete Stelle in Stockholm an, Oliver Voigt ist gewählter Ratsherr. Als sein Nachfolger wurde Jürgen Meereis neu aufgenommen. CF

gern kooperiere. „Wir haben keine einzige Kirchengemeinde gefördert“, so der Amtsleiter.

### Begegnungsstätte Michaelis

„Die Michaelisgemeinde hat schon seit Jahren eine Begegnungsstätte“, meldete sich Pastor Schlenzka zu

Die Ortsbeiräte online unter:  
<https://ratsinfo.kiel.de>.

Ein Team fachkundiger Spezialisten –  
und das seit 55 Jahren

**Werner Bahr**  
KOMPRESSOREN · PUMPEN · ENTWÄSSERUNGSTECHNIK

**24-Stunden-Notdienst 0431/647 62 00**

- Kompressoren u. Pumpenanlagen Projektierung
- Lieferung von Pumpen u. Kompressoren
- Inspektion/Reparaturen für Pumpen u. Kompressoren jeder Art und Größe

- Schaltungen/ Steuerungen/ Regelungen
- Rohrleitungsbau
- Allgemeiner Maschinenbau
- Fernmeldeüberwachung



Hamburger Chaussee 48

Boy-Nielsen-Straße 1